

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Wichtige Konturle

Wichtige Konturle
 (Wichtig!)
 Die seit
 sehr geliebte Schatzkammer
 H. W. D. 1111, Neue
 Kanten, mit schwebender
 Zählungen eingetragene und
 zusammengefasst. Wie mit
 Dr. Franz Hübner, erfahren,
 Handlungen erlitten, außerdem
 in den Jahren der letzten
 etwa 20 Millionen Reichsmark
 derzeit derzeit.

Redaktionsbüro: Nachrichten Dresden
 Friedrichs-Platz Nr. 10
 (Telefon Nr. 1111)
 Schriftleitung u. Geschäftsverhältnisse:
 Dresden - A. L. Meißnerstraße 21/22

Abbestellung
 Die Abbestellung der Zeitung muss rechtzeitig bei der Redaktion erfolgen.
 Die Abbestellung muss spätestens am 15. des Monats vor dem Abbestellungstermin erfolgen.
 Die Abbestellung muss schriftlich erfolgen.

Dienstleistungen
 Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen.
 Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen.

Am Hitlers Staatsangehörigkeit

Ein Vorschlag Fricks, den Hitler ablehnte

Für wen arbeitet die Zeit?

Thüringen unterrichtet die Reichsregierung

Berlin, 3. Febr. Die Thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung am Mittwoch Material übergeben, das der Reichsregierung dem Reichsinnenminister zur amtlichen Prüfung zugeleitet hat und aus dem hervorgeht, daß nach Auslagen eines Oberregierungsrates und eines Ministerialrates gegenüber dem Thüringischen Staatsminister Dr. Rastner der damalige Minister Dr. Fricke im Juli 1930 eine Anstellungsurkunde hat ausstellen lassen,

wonach „dem Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler die damals freie Stelle des Generalmerieformassers in Hildburghausen übertragen wurde“.

Hilfer habe dabei auf Dienstantritt und Befolgung verzichtet. Der Oberregierungsrat und der Ministerialrat, die diese Angaben dienlich gemacht haben, erklärten, daß sie sich durch ein ihnen von dem damaligen Minister Fricke ausgereichtes Schweigegedicht bedrückt gefühlt hätten.

Der Thüringische Staatsminister Baum wurde am Mittwoch vom Reichsfinanzier Dr. Brüning empfangen. Wie verlautet, galt die Unterredung der Frage der angeblichen Einbürgerung Hilfers durch den früheren Staatsminister Fricke.

Daß von der Thüringischen Staatsregierung der Reichsregierung übergebene Material besteht aus drei Niederschriften unter dem Datum vom 1. Februar. In der ersten Niederschrift teilt Ministerialrat Fricke mit, wie die Angelegenheit ins Rollen gekommen sei, nämlich durch eine Anfrage eines Zeitungsredakteurs, die sich auf das von Steinhilber und von Kapitän Ehrhardt fortgeführte Montagblatt bezog.

Dieses Blatt hatte behauptet, Hilfer sei in einem deutschen Lande bereits eingebürgert worden. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt.

Hilfer teilte die Anfrage dem Ministerialrat A. mit, der darauf sagte, daß er dem Oberregierungsrat B. etwas darüber mitteilen würde, daß er aber Minister Fricke zur Amtverpflichtung verpflichtet habe.

Die zweite Niederschrift betrifft die Aufforderung an die Genannten zur Aussage, da nach Ansicht des Ministers Rastner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegedicht nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde.

Die dritte Niederschrift enthält die Vernehmung des Oberregierungsrates B. und des Ministerialrats A. durch den Staatsminister Dr. Rastner. Die Auslagen sind nach der Niederschrift folgende:

Oberregierungsrat B.: Es hat mich schon sehr bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutend hielt, über den ich aber zur Dienstverpflichtung ausdrücklich verpflichtet worden war. Es ist wohl im Juli 1930 gewesen. Minister Dr. Fricke ließ mich am Vermittlung kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür mußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen der Vermert „Auf Anordnung“ vorangefügt,

wobei Minister Dr. Fricke nach erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme.

Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler“ die damals freie Stelle des Generalmerieformassers in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstverhältnisse war Einzelheiten vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Befolgung verpflichtet sei.

Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler an Ministerialrat vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgezeichnet. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken darüber

durch zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das Thüringische Staatsministerium müsse zur Witzzeichnung angesetzt werden, und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Fricke erklärte, daß er den — damals beurlaubten — Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich zur Dienstverpflichtung gegenüber jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher streng gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A., erfahren, daß ihn Minister Dr. Fricke in die Vorgänge eingeweiht habe.

Minister Dr. Fricke vermahnte die Schreiben — Entwurf und Niederschrift — schriftlich. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Diensthelfern zu geben oder die Anstellung Hilfers in den Befanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen.

Ministerialrat A. bekräftigt im wesentlichen diese Angaben. Zuvor bevor er auf Urlaub gehen wollte, sagte ihm Minister Dr. Fricke, er wolle ihm sein Kenntnis von einer Sache geben, die seine Abteilung betrafte. Er verpflichtete ihn aber ausdrücklich zu strengster Amtspflichtverpflichtung gegen jedermann und gab ihm dann das Formular der Anstellungsurkunde zu lesen. Er, Ministerialrat A., habe sofort dem Minister gesagt, daß er nicht einverstanden sei; die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Fricke entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und habe so doppelte Gewalt als Innenminister und als Finanzminister. Fricke habe weiter gesagt,

die Stelle würde gleich wieder frei, da Hilfer sofort am seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde.

Die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von Ministerialrat A. vorgeschlagenen Generalmerie-Oberwachmeister H. dann besetzt werden. Er, Ministerialrat A., habe Fricke gegenüber in diesem Zusammenhang die Ansicht geäußert, daß die ihm vorgelegte Urkunde als eine seltene Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei. Ueberdies kam ich, so fährt er fort, bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht,

daß eine Anstellung Hilfers als Beamter trotz einmaliger Anstellung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei. Denn Hilfer sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amt verbundenen Rechte und Pflichten eintreten.

Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen angenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Gehaltsrollen getrieben sind.

Hilters Stellungnahme

München, 3. Febr. In der Meldung über den angeblichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als Thüringischer Beamter teilt die Pressestelle der RSDAP mit, daß Dr. Fricke allerdings die Ansicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Staatsangehörigkeit in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesem Versuch, der leinert sei ohne sein Wissen erfolgt war, erfuhr, hat er Dr. Fricke, von seinen Bemühungen Abstand zu nehmen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünsche. Demgemäß hat auch Minister Dr. Fricke damals die eingeleiteten Schritte in Thüringen unverzüglich abgebrochen.

Der Reichsinnenminister an die Länder

Berlin, 3. Febr. Der Reichsinnenminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesregierungen gewandt und diesen mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmte zu rechnen sei. Wohlverpflichtung bedürfen der Bescheinigung der Gemeindevorstände, daß die Unterzeichner Stimmberechtigte sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriften können schon jetzt ausgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen gebeten, die Gemeindevorstände, Erläuterungen und Ausstellungen bezüglicher Bescheinigungen mit künftiger Bescheinigung zu entsprechen.

Stach in der französischen Kammer

Paris, 3. Febr. In der Kammer kam es am Mittwoch bei der Aussprache über die Wahlreform zu heftigen Auseinandersetzungen. Als ein sozialistischer Abgeordneter

ironisch einen Antrag ankündigte, nach dem die Abgeordneten künftig vom Innenminister ernannt werden sollten, kürzte ein Abgeordneter mit einem Spasierstock auf die Tribüne zu, um den Redner zu verprügeln. Er wurde jedoch an der Ausführung dieser Absicht verhindert.

USA verlängert den Rediskontkredit

New York, 3. Febr. Die Federal Reserve Bank of New York hat heute die Verlängerung des 25-Millionen-Dollarkredits an dem 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredit für die Reichsbank bekannt. Die Prolongation dürfte vermutlich für 30 Tage erfolgt sein.

U-Boot „M II“ gefunden. Die Admiralität teilt mit, daß die Lage des Unterseebootes „M II“ etwa fünf Meilen von Blyth festgestellt worden sei.

Sich aber nicht verwundern! Diese Lebensregel des alten Horaz wird uns Menschen zu heute durch den überfülltesten Lauf der Ereignisse zur selbstverständlichen Gewohnheit. Wer in aller Welt denkt zum Beispiel heute noch an die Tributfrage? Vor einer Woche stand sie im Mittelpunkt des Geschehens; die Völker haben sich daran erheit. bis zur gewaltigen Entladung schien die Spannung gemessen. Da wird in Genf unter großem Aufbruch die Abrüstungskonferenz eingeleitet, und im Fernen Osten spielen donnernde Kanonen und splitternde Bomben auf Begleitmusik auf. Die Stimme des Krieges hat das Ohr der Welt. Aber ist es deshalb weniger wahr geworden, was im Dezember die Basler Sachverständigen verhandelt haben, daß die Reparationen unverzüglich zum Beispiel ergriffen werden, die der deutschen Not gerecht werden, wenn nicht die Schuldner und Gläubiger zusammen im Strudel der um sich greifenden Weltkrise versinken sollen? Die Verhinderung der Lausanner Konferenz auf unbestimmte Zeit war das Gegenteil einer solchen Lösung. Auch dadurch wird sie nicht gefördert, daß man so tut, als hätte man erst wichtigere Angelegenheiten zu erledigen. Aber so widerständig es klingt, es gibt doch heute, die glauben, sie könnten für ihre Interessen gewinnen, wenn sie sich recht lange Zeit lassen und mit der deutschen Not inzwischen spielen wie die Rache mit der Maus. Diese überfüllten Ostfahrten der Weltpolitik sind die Zeichen der französischen Politik, vom Ministerpräsidenten Comal bis zum letzten Mitglied seiner Kammermehrheit. Ihnen kommt das Abstreifen der Reparationsbedeutung sehr gelegen. Nur noch innen spinnen sie den Faden fort, im bestimmenden Wahlkampf, der von den Regierungsparteien allen Taktiken zum Trotz mit der Parole: „Der Boden muß zähnen!“ bestritten wird. Während in Deutschland die Krise jeden Tag neue Opfer verhängt und alle Welt sich darüber einig ist, daß ihrem Völkern nicht Einhalt getan werden kann solange die Drohung späterer Tributforderungen über dem gesunkenen Lande schwebt, wird der französische Volksweltung von rechts bis links das Beharren im Vernichtungswissen eingeschämert. Das ist die von unserem Reichsfinanzier beschworene Völkerversolidarität, wie man sie in Paris versteht. Nach außen aber herrscht Schweigen. Denn die Welt, glauben die französischen Staatsmänner, arbeite für Frankreich. Umgekehrt heißt es in Deutschland, die Welt arbeite für uns. Wer hat nun recht?

Die Franzosen operieren natürlich nicht ohne Berechnung. Sie waren zunächst über den deutschen Widerstand gegen ein Kompromiß in Gestalt eines dritten Tributplanes verärgert, weil sie eine so scharfe und einmütige Ablehnung noch nicht erlebt haben. Sie waren dann erbozt, weil die gewöhnlichen Einflußkreise der „Warnungen“ und Drohungen mit wirtschaftlichen Sanktionen nicht gekräftigt haben. Für offene Gewaltanwendung ist ihnen aber die Weltlage doch zu präzis. Also soll die Welt den deutschen Widerstand brechen. Und zwar versteht man unter der Welt die wagnislaunige Entwicklung der deutschen Finanzverhältnisse. Sie sind bisher, im Reich wenigstens, unter dem Zwang der letzten Rotterordnung eingermessen geordnet gewesen. Aber es ist auch den Beobachtern in Frankreich nicht unbekannt, daß der erwartete Erfolg dieser neuen Staatsbankrotte in die Wirtschaft ausbleibt. Nicht nur nach innen, wo es bisher nicht gelungen ist, das Preiseniveau auf allen Gebieten dem gesunkenen Weltstandard anzupassen, sondern auch nach außen, wo die unter schweren Opfern erkaufte Preisfestsetzung durch politische Maßnahmen der Einfuhrländer illusorisch gemacht wurde. Hält die Reparationsfrage noch wichtiger ist aber der sich jetzt schon abzeichnende Rechtschlag jener Berechnungen der Rotterordnungspolitik, die eine hinreichende finanzielle Mithilfe für die Verhandlungen über die Beilegung der Tributfrage schaffen wollten. Das doch sogar der Reichsfinanzminister sagen müssen, daß die Steuererlöse erst im zweiten Halbjahr 1932 ihre volle Wirkung ausüben würden. Bis dahin, wahrscheinlich schon früher, wird sich die Unhaltbarkeit der jetzigen Steuererlöse durch Einriffe in die Substanz, durch fortschreitende Betriebsbeschränkung und Konsumverminderung herausstellen. Den Zeitpunkt dieses unvermeidlichen Eintrittes einer neuen Finanzkrise hält Frankreich für geelant zur Regelung der Tributfrage in seinem Sinne. Dann, meint man, werden die Deutschen nicht mehr so hartnäckig sein, dann werden sie unter dem Druck der leeren Staatskassen ebenso wie leinert seit dem Gang zu Kreuze kriechen und den nach französischen Wünschen veränderten Poupainplan mit unverminderten Lasten für die Zukunft von neuem unterschreiben, ob er nun durchführbar ist oder nicht. Diese Theorie mag nach den Erfahrungen der Vergangenheit richtig sein; heute ist sie falsch, weil sie den politischen Strukturwandel im deutschen Volk und seine gründlich veränderte Einstellung zur Tributfrage unberücksichtigt läßt. Die Zahlungslosigkeit Deutschlands befreit sich mit der längeren Dauer des Kreditdrucks eher nicht, aber der Volkswiderstand gegen neue Summen